

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/168

2. September 1976

"Der Bürgerstaat ist nicht bequem"

Positive Erfahrungen mit der Gemeindereform

Von Albert Osswald MdL
Ministerpräsident und Landesvorsitzender der SPD
Hessen und amtierender Präsident des Bundesrates
Seite 1 und 2 / 49 Zeilen

Die Lage bessert sich allmählich

Bemerkungen zu den Arbeitsmarktdaten des August

Von Egon Lutz MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und
Sozialordnung
Seite 3 und 3a / 56 Zeilen

Größere Sicherheit in Kernanlagen

Man kann sich dem Notwendigen nicht entziehen

Von Gerhard Flämig MdB
Stellv. Vorsitzender im Ausschuß für Energie und
Forschung des Europäischen Parlaments
Seite 4 und 5 / 65 Zeilen

Finanzpolitisches Chaos der Unions-Experten

Kohle "Führungspotenz" auch in diesem Bereich unter-
entwickelt

Von Dr. Hubert Voigtländer
Wissenschaftlicher Referent der SPD-Bundestagsfraktion
Seite 6 bis 8 / 122 Zeilen

Zum Thema: "Bild"- "Wahrheiten"

Nüchtere Tatsachen gegen Springers "Fakten"

Seite 9 / 46 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 109
Presshaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 32 90 37 - 40
Telex: 09 86 816-46 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

"Der Bürgerstaat ist nicht bequem"

Positive Erfahrungen mit der Gemeindereform

Von Albert Osswald MdL

Ministerpräsident und Landesvorsitzender der
SPD Hessen und amtierender Präsident des Bundesrates

Zum Teil Jahrzehnte dauernd, in den vergangenen Jahren zunehmend beschleunigt, hat in den meisten Flächenstaaten des Bundes eine Entwicklung ihren Abschluß gefunden, deren Folgen Bürger und Staat sicher noch lange beschäftigen: die gebietliche Neugliederung auf kommunaler Ebene. Die hessischen Erfahrungen haben gezeigt, daß die demokratisch verfaßte Gemeinde in der Lage ist, die notwendigen Anpassungen aus eigener Kraft und rechtzeitig zu vollziehen, und - ebenso wichtig -, daß der Bürger durchaus bereit ist, aktiver als bisher am Gemeindeleben mitzuwirken und sich für das Gemeinschaftsleben zu engagieren.

Der Zweck der Gemeindereform wäre völlig sinnentleert, wenn sich gezeigt hätte, daß ein zunehmendes Angebot öffentlicher Institutionen die Eigeninitiative des Einzelnen beschränkt oder unterdrückt. Nicht nur in Hessen können wir feststellen, daß - allen Unkenrufen zum Trotz - die Bereitschaft unserer Bürger wächst, um sich mit lokalen Aufgaben und Problemen auseinanderzusetzen. Damit verbunden ist in vielen Fällen das Bemühen, gemeinsame Probleme selbst aufzugreifen, statt nur nach dem Staat zu rufen. Längst tot geglaubte öffentliche Tugenden wie Zivilcourage, Idealismus, Verantwortungsbewußtsein und Kritikfähigkeit treten wieder zutage. Auch die zunehmende Zahl der Bürgerinitiativen sowie die steigenden Mitgliederzahlen in Vereinen und Verbänden sind Zeugnis dieser Entwicklung. Bei allem Wünschenswerten aber, was zur Mitprache und Mitarbeit gehört, muß jedoch auch klar sein, daß Bürgeraktionen und Bürgerinitiativen nur eine helfende Funktion haben können. Sie tragen gewiß dazu bei, daß die politischen

Gremien der Gemeinden und Städte und die Verwaltungen möglichst bürgernah arbeiten, daß sie ihre Vorstellungen an der Meinung einer breiten Öffentlichkeit überprüfen. Die politische und rechtliche Verantwortung für die zu treffenden Entscheidungen liegt dennoch allein bei der zuständigen Gemeindeverwaltung und dem gewählten Rat.

Was dort gesprochen und entschieden wird, darf sich aber nicht hinter für die Bürger verschlossenen Türen abspielen. Gerade weil die Gemeinden die Fundamente unserer sozialen Demokratie sind, muß sich die kommunale Selbstverwaltung für die Bürger öffnen. Die Gemeindeverwaltung darf sich nicht ohne weiteres aus herkömmlichen und vordergründigen Sachzwängen arrangieren und von der Einschaltung der Öffentlichkeit nur eine Behinderung der Arbeit befürchten. Ich weiß, es ist unbequem, Mitsprecherechte zu gewähren und Informationsbedürfnisse zufriedenzustellen. Das darf aber niemand schrecken, denn: Der Bürgerstaat ist nicht bequem.

Öffentlichkeit und Transparenz können beispielsweise erreicht werden durch regelmäßige Veröffentlichungen, Bürgerversammlungen und Bürgerbegehren, öffentliche Sitzungen der Ausschüsse und auch durch Bürgerberatung, die den Bürger kostenlos über seine Rechte berät. Wir müssen unseren Bürgern mit besonderem Einsatz deutlich machen, daß dieser Staat und die örtliche Gemeinschaft mit ihm rechnen. Der Bürger muß spüren, daß seine Interessen im kommunalen Bereich vor Wirtschafts- und Gruppeninteressen rangieren, dann ist er auch bereit, mitzumachen. Für die Lebenskraft der Selbstverwaltung bleibt letztlich immer die staatsbürgerliche Mitverantwortung der Bürger entscheidend sowie die Gewinnung von Frauen und Männern mit Initiative und schöpferischer Gestaltungskraft für die Aufgaben in der Gemeinde.

(-/2.8.1976/mie/ee)

+ + +

Die Lage bessert sich allmählich

Bemerkungen zu den Arbeitsmarktdaten des August

Von Egon Lutz MdB

Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung des Bundestages

Die Konsolidierung der Lage auf dem Arbeitsmarkt hält an. Dies ergibt ein Blick auf die Augustdaten, die von der Bundesanstalt für Arbeit bekanntgegeben worden sind. Noch einmal sind die Werte allerdings von der Ferienzeit geprägt. Deshalb hielt sich auch der Rückgang der Zahl der Arbeitslosen um 5.081 auf nunmehr 939.528 in bescheidenen Grenzen. Die Zahl der offenen Stellen hat noch einmal geringfügig um 2.391 auf nunmehr 263.822 abgenommen. Man sieht: In der Ferienzeit läuft alles etwas langsamer, und die Firmen sind nicht sonderlich einstellungsfreudig. Wie stark die Statistik von saisonalen Einflüssen geprägt ist, zeigt die Tatsache, daß in den Bundesländern mit spätem Ferienbeginn ein leichtes Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen ist. Hier wirkten sich die Schulentlasstermine aus. Dagegen nahm die Arbeitslosigkeit deutlicher im Norden der Bundesrepublik ab.

Ausgesprochen erfreulich ist die Bewegung bei der Kurzarbeit. Hier kam es nochmals zu einem Rückgang um 17.000 auf nunmehr 65.557. Ein deutliches Indiz dafür, daß die Produktionskapazitäten wieder voll ausgelastet werden. Einen ähnlich günstigen Wert konnten die Statistiker letztmals im September 1973 registrieren.

Vergleicht man den August 1976 mit dem des Vorjahres, werden die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt deutlicher. 1975 war eine Zunahme der Arbeitslosigkeit um 10.000 zu beklagen, diesmal gibt es ein Minus von über 5.000. Noch immer profitieren vorerst die Männer von Aufschwung. 11.000 Arbeitslose wurden weniger registriert. Die Quote liegt bei nunmehr 3,2 vH. Dagegen suchen 6.300 Frauen mehr eine Beschäftigung, hier liegt die Arbeitslosenquote bei jetzt 5,6 vH. Die Bundesanstalt hat jetzt mehr arbeitslose Frauen (474.000) als Männer (465.600) zu betreuen. Das war seit Oktober 1973 nicht mehr der Fall. Allerdings muß man dabei immer beachten, daß ein sehr großer Teil der

stellungsuchenden Frauen ausschließlich an einer Teilzeitbeschäftigung interessiert ist. Im August waren es nahezu 160.000. In Nürnberg meint man nach wie vor, daß die Kunde vom Aufschwung nicht wenige Frauen aus der "stillen Reserve" gelockt hat. Sie melden sich wieder bei den Arbeitsämtern, ohne daß sie jetzt schon in eine neue Beschäftigung vermittelt werden können. Denn noch immer ist die Situation bei den Warenkaufleuten und bei den Büro- und Verwaltungsberufen nicht gerade erfreulich. Während die Arbeitslosigkeit in den Metall- und Elektroberufen um 3,8 vH zurückging und im Baugewerbe um 6,1 vH abnahm, war im Dienstleistungsbereich nur ein Rückgang von 0,2 vH zu verzeichnen.

Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen ist, saisonal bedingt, gestiegen, und zwar um 8.382 auf jetzt 95.226. Die Arbeitslosenquote der Jugendlichen liegt mit zwei Zehntel Punkten über der Gesamtquote von 4,1 vH. Sie überreicht nicht. Die schulentlassenen Jahrgänge drängen auf den Arbeitsmarkt, aber in der Ferienzeit ist das Angebot spärlicher als in den folgenden Monaten. Wie sich die Situation der Jugendlichen tatsächlich darstellt, wird man erst im nächsten Monat deutlicher sehen können. Es ist keine Spekulation, wenn man annimmt, daß schon dann die Entwicklung wieder spürbar positiver verlaufen wird. Die Arbeitsmarktexperten setzen ohnehin ihre Hoffnung auf den September. Aller Erfahrung nach müßte es zu einem kräftigeren Abbau der Arbeitslosenzahlen kommen. Dann ist, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die Ferienzeit zuende. Die Produktion läuft voll, und die Unternehmer ergänzen wieder ihren Personalbedarf.

Alles startet auf den 3. Oktober, die Bundesanstalt für Arbeit ist auf den 1. Oktober fixiert. Dann wird der Computer die Septemberzahlen ausspucken. Er wird kundtun, was man jetzt schon weiß: Im Aufschwung besaert sich allmählich die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Wenn strukturelle Sonderentwicklungen - etwa im Dienstleistungsbereich - sich weiter verfestigen sollten, dürfte man allerdings nicht länger zögern, den betroffenen Personengruppen gezielt zu helfen.

(-/2.9.1976/va/pr)

+ + +

Größere Sicherheit in Kernanlagen

Man kann sich dem Notwendigen nicht entziehen

Von Gerhard Flämig MdB

Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für Energie und
Forschung des Europäischen Parlaments

"Sicherheit genießt Vorrang vor wirtschaftlichen Gesichtspunkten." Mit dieser klaren Aussage hatte die Bundesregierung zu Beginn dieses Jahres erneut deutlich gemacht, wie sie die Prioritäten bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie zu setzen wünscht. Die vom Bundeskabinett verabschiedete neue Strahlenschutz-Verordnung beweist, daß sich die Bundesregierung nicht mit theoretischen Aussagen begnügt, sondern auch in der Praxis der Kernkraftwerke und des nuklearen Brennstoff-Kreislaufs die Sicherheitschwelle so hoch setzt, wie dies nötig erscheint, um Umweltgefahren nach menschlichem Ermessen auszuschließen.

Von der einschlägigen Industrie ist in früheren Jahren darauf hingewiesen worden, daß das Atom-Gesetz der Bundesrepublik und die darauf fußende Strahlenschutz-Verordnung die strengsten Sicherheitsanforderungen der Welt aufstellen, wodurch unserer Industrie auf dem Weltmarkt Wettbewerbsnachteile entstehen könnten. Mittlerweile haben sich allerdings die Verhältnisse etwas geändert. Zum einen sind gerade den Hauptkonkurrenten der deutschen Nuklear-Industrie, den nordamerikanischen Kernkraftwerks-Herstellern, erst kürzlich strengere Sicherheitsmasseln angelegt worden. Zum anderen haben sich die deutschen Sicherheitsnormen mittlerweile als positives Verkaufsargument herausgestellt. Es bleibt nur zu wünschen, daß die übrigen Industrieländer der Europäischen Gemeinschaft ihre Reaktorsicherheits- und Strahlenschutz-Bestimmungen ebenfalls verschärfen. Entsprechende Aktivitäten in der EG-Kommission und im EG-Ministerrat sollten von deutscher Seite aus unverzüglich veranlaßt werden.

Wenn die Strahlenschutz-Verordnung bisher schon streng war, so wird manch' einer jetzt fragen: Warum dann noch einmal eine Verschärfung? Die Antwort ist nicht schwer zu finden. Erstens einmal sind Forschung und Wissenschaft auch auf dem Gebiete der Strahlenbiologie, speziell möglicher Veränderungen der Erbfaktoren durch Strahleneinwirkung, rasch vorangeschritten. Man sieht heute nicht allein die eine künstliche Strahlenquelle im Kernkraftwerk oder in der Brennelemente-Fabrik oder in der Atommüll-Lagerstätte. Viel-

mehr wird diese Strahlenquelle im Zusammenhang gesehen mit der natürlichen Weltraum- oder Erdstrahlung sowie mit anderen Strahlenbelastungen, denen der moderne Mensch ausgesetzt ist, beispielsweise bei Röntgen-Aufnahmen.

Zum zweiten wirken sich die Aufklärungs-Aktionen seriöser Bürgerinitiativen aus. Die Genehmigungsbehörden der Länder treffen allenthalben auf Kritik und Widerstand, wenn es darum geht, bestehende Kernkraftwerke zu erweitern oder neue Standorte für Nuklear-Anlagen inklusive Brennstoff-Kreislauf-Parks festzulegen. Viele Bürger geben sich nicht mehr mit beruhigenden Erklärungen mehr oder minder wirtschaftlich interessierter Fachleute oder unabhängiger wissenschaftlicher Experten zufrieden. Sie wollen Garantien, daß nichts passiert!

Die Bundesregierung sprach in ihrer Antwort auf die Große Anfrage der Regierungsfractionen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie vom unvermeidlichen Restrisiko. Nur ein Narr kann annehmen, daß technisch komplizierte Maschinen oder Anlagen hundertprozentig sicher gebaut und betrieben werden können. Das gilt für das Auto ebenso wie für den Gaskocher, für die Pulverfabrik ebenso wie für die chemische Großanlage. Der schreckliche Giftunfall in Seveso/Italien hat erst kürzlich wieder aller Welt bewiesen, daß die moderne Zivilisation voller Gefahren steckt.

Die neue Strahlenschutz-Verordnung zieht die Sicherheitsbremse fest an. Durften bisher Mitarbeiter in Nuklear-Betrieben pro Jahr eine Strahlendosis von maximal 500 Millirem abbekommen, so ist zukünftig nur noch ein rundes Sechzehntel davon an Strahlendosis erlaubt. Das bedeutet sowohl kürzere Aufenthaltzeiten an kritischen Punkten im Nuklear-Betrieb als auch weitläufig erhöhte technische Vorkehrungen gegen Strahlen-Emissionen. Zugleich zieht die neue Strahlenschutz-Verordnung Konsequenzen aus den Störfällen in Kernkraftwerken während der letzten Jahre. Auch für den Umgang mit radioaktiven Abfällen gibt es wesentlich einschränkendere Bestimmungen als bisher, von der äußeren Sicherung von Kernanlagen ganz abgesehen.

Das alles sollte nicht als Kleinlichkeit der Behörden abgetan werden. Die Bundesregierung hat offenkundig erkannt, daß nur auf dem Wege über strengere Schutzmaßnahmen und damit größere Sicherheit auch in Zukunft die Bereitschaft der Bürger erhalten bleiben kann, nukleare Anlagen zu akzeptieren. Mag sein, daß manch einer die Kernenergie nur als notwendiges Übel ansieht. Dann muß er sich aber auch darüber klar sein, daß man sich dem Notwendigen nicht entziehen kann.

(-/2.9.1976/vd/pr)

Finanzpolitisches Chaos der Unions-Experten

Kohls "Führungspotenz" auch in diesem Bereich unterentwickelt

Von Dr. Hubert Voigtländer

Wissenschaftlicher Referent der SPD-Bundestagsfraktion

Die Union war für die Mehrheit des deutschen Volkes schon immer teuer. Seit einiger Zeit scheint sie nun aber an dem Werbealogen "Es war schon immer etwas teurer, einen besonderen Geschmack zu haben" so sehr Gefallen gefunden zu haben, daß sie sich nicht mehr damit begnügt, aus zwei selbständigen Parteien mit zwei in den Grundfragen der Politik sich widersprechenden Parteivorsitzenden zu bestehen. Jetzt leistet sie sich, wie der Wahlkampf zeigt, sogar den Luxus, mit zwei Kanzlerkandidaten zu operieren: einen Bestimmenden namens Strauß und einen Bestimmten namens Kohl. Welche Partei in der Bundesrepublik kann das den Wählern bieten?

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, daß sich die Union auch eine Doppelstrategie oder besser ein jammervolles Bild der Zerrissenheit auf dem Gebiet der Finanzpolitik leistet.

Dr. Kohl, nach eigener Angabe "Generalist und kein Spezialist" ("Spiegel"-Interview vom 23. August 1976) und deshalb wohl gleichzeitig Finanzexperte - denn sonst wäre er ja wohl kaum Verwaltungsratsvorsitzender der Landesbank in Rheinland-Pfalz, die durch ihre Spekulationsgeschäfte und Finanztransaktionen mit der "sozialistischen" DDR deutlich gemacht hat, daß die "freie" Marktwirtschaft am besten funktioniert, wenn die Verluste "sozialisiert", d.h. von den Steuerzahlern getragen werden -, verschweigt die Antwort auf die Frage, wie die derzeitigen Finanzprobleme gelöst werden sollen. Er verkündet nur stereotyp: "Wir brauchen einen Kassensatz!". Allerdings nicht nur im Bund, sondern auch in den Ländern und Gemeinden: "Wir müssen wissen, was im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden und Städten finanziell wirklich los ist" (WDR-Interview vom 21. August 1976.). Dr. Kohl verschweigt dabei, daß die Bundesregierung jährlich ihren Haushaltsplan und ihre Finanzplanung dem Bundestag und damit der Öffentlichkeit vorlegt, so daß die Opposition, die im Übrigen den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses stellt, Gelegenheit hat, jeden einzelnen Haushaltstitel zu prüfen. Der Finanzexperte Kohl scheint aber seinen eigenen Haushaltsexperten im Bundestag nicht zu trauen.

Ganz abgesehen davon, daß es verfassungsgemäß nicht möglich ist, die Länder und Kommunen zu einem Kassensatz im Sinne Kohls zu veranlassen, scheint er ein noch viel größeres Mißtrauen gegenüber den Ministerpräsidenten, Finanzministern und Kommunalpolitikern seiner eigenen Couleur zu haben. Denn wie anders ist es sonst zu verstehen, daß er auch bei ihnen einen Kassensatz verlangt. Insbesondere stimmt es bedenklich, daß er sein eigenes Bundesland Rheinland-Pfalz davon nicht ausnimmt. Verschleierte ihm etwa sein eigener Finanzminister die wahre Finanzlage des Landes? Der Schatten-Wirtschaftsminister der Union, Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg, scheint

da, unterstützt von Strauß, von ganz anderem Kaliber zu sein. Denn unbekümmert von Kassenaturzforderungen und Sparappellen Kohls stürzt er zunächst einmal die Finanzkasse um und verteilt Steuergeschenke an die Unternehmer: Steuererleichterungen in Höhe von rund neun Milliarden DM für die private Wirtschaft und steuerfreie Rücklagen für die Ausbildungsplatzförderung in Höhe von fast 2,5 Milliarden DM.

Nur zwei Fragen, denen in diesem Zusammenhang entscheidende Bedeutung zukommt, werden von den Unions-Finanzstrategen nicht beantwortet: 1/ Woher sollen die Mittel kommen? Steuererhöhungen sollen nicht erfolgen. Selbst eine maßvolle Erhöhung der Mehrwertsteuer lehnt Stoltenberg rigoros ab: "Wir sind gegen die Mehrwertsteuererhöhung... Wir werden sie nicht verwirklichen. Nehmen Sie das als eine Aussage, die ernst gemeint ist. Nicht nur für mich, für Helmut Kohl und andere. Dies ist eine Grundsatzentscheidung für die nächste Wahlperiode" (ZDF-Sendung "Bilanz" am 25. August 1976). Kohl hingegen erklärt, daß er "Steuererhöhungen nicht ausschließt" (WDR-Interview vom 21. August 1976). 2/ Wie soll erreicht werden, daß die Steuererleichterungen von den Unternehmern tatsächlich zur Finanzierung neuer Investitionen und nicht zur Rückzahlung von Krediten verwendet werden oder gar auf Bankkonten verschwinden? Will Dr. Stoltenberg etwa die Unternehmer durch eine direkte Investitionslenkung zu wachstumsgerechten Investitionen zwingen?

Feststehen dürfte jedenfalls, daß die von Dr. Stoltenberg vorgeschlagenen massiven Steuergeschenke für die Unternehmer zu einer erheblichen sozialen Spannung führen würden, weil dann andere Bevölkerungsgruppen, in erster Linie die Arbeitnehmer und Rentner, die Zechen zu bezahlen hätten. Damit aber gefährdet die Union die soziale Stabilität in unserem Lande. So also sehen die Fakten der von der CDU/CSU propagierten soliden, stabilitätsbewußten und wachstumsgerechten Finanzpolitik aus. Stabilität und Wirtschaftswachstum erreicht man jedoch nicht durch eine Gefälligkeitspolitik, sondern nur durch eine konjunkturgerechte Finanzpolitik, wie sie die sozialliberale Koalition national wie international verfolgt.

Da sich Unions-Politiker aber gern wissenschaftlich fundierte und auf Erfahrungen beruhende Erkenntnisse zu eigen machen, seien ihnen die nachstehenden Ausführungen eines ehemaligen Finanzministers ins Stammbuch geschrieben:

"Von den verschiedenen konjunkturpolitischen Instrumenten kommt der Ausgabenpolitik als Mittel der Stabilisierung des Wirtschaftswachstums insbesondere in Rezessionsperioden eine vorrangige Bedeutung zu, weil sie gerade in einer solchen Situation - im Gegensatz zu den steuerlichen Möglichkeiten der Konjunkturbeeinflussung - unmittelbar zu einer Ausweitung der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage führen kann. Die rechtlichen und faktischen Möglichkeiten einer konjunkturpolitischen Drosselung der Ausgaben sind jedoch in den meisten Haushaltsbereichen eng begrenzt. Die

großen, infolge rechtlicher Bindungen oder politischer Verpflichtungen weitgehend 'starrten' Ausgabenblöcke der Verteidigungsausgaben, Sozialleistungen, Wiedergutmachung und Kriegsfolgelasten, Ausgaben für das Schul- und Bildungswesen, für öffentliche Ordnung und Sicherheit und dgl. lassen sich nicht in konjunkturell wünschenswerter Weise gestalten.

Politisch undurchführbar erscheint auch eine antizyklische Gestaltung der öffentlichen Personalausgaben in dem Sinne, daß in der Hochkonjunktur keine, in der Rezession dafür kräftige Tarif- und Besoldungserhöhungen und umfangreiche Personaleinstellungen vorgenommen werden. Der konjunkturpolitische Aktionspielraum der öffentlichen Ausgaben liegt deshalb im wesentlichen auf dem Gebiet der öffentlichen Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen. ... Selbst im Bereich der öffentlichen Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sind jedoch einer Ausgabeneinschränkung in Zeiten konjunktureller Spannungen recht enge Grenzen gezogen. Man muß sich in dieser Hinsicht den gewaltigen Bedarf vor Augen halten, dem sich die öffentliche Hand heute auf den verschiedensten Gebieten der Infrastruktur gegenübersteht. Eine stärkere Drosselung der zu seiner Befriedigung erforderlichen Investitionen im Verkehrs-, Gesundheits-, Schul- und Bildungswesen, auf dem Gebiet der öffentlichen Versorgungseinrichtungen und dgl. würde zwangsläufig zu Engpässen und damit zu einer Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums führen."

Sicher sehr bemerkenswerte Sätze, die jeder verantwortungsbewußte Finanzpolitiker unterschreiben kann. Wenn man jedoch weiß, daß niemand geringerer als der "geeignete Kanzler-Kandidat" Franz Josef Strauß diese Ausführungen in seinem Buch "Finanzpolitik - Theorie und Wirklichkeit" im Jahre 1969 (S. 19 und 20) machte, fragt man sich angesichts der Aussagen im Wahlkampf, ob die Union inzwischen diese Erkenntnisse vergessen hat. Wahrscheinlicher dürfte jedoch sein, daß die Führungscrow der Union genau weiß, was sie tut. Denn in seinem Buch beschreibt der "große" Vorsitzende sehr genau die Strategie der CDU/CSU im gegenwärtigen Wahlkampf (Seite 31):

"Man kann einem Volke, auch wenn es ihm gut geht, die Gegenwart als schwer erträglich und durch düstere Prophezeiungen die Zukunft als gefährdet und katastrophengeladen vorgaukeln, bis sogar Anwendungen von Hysterie auftreten und durch Angstreaktionen erst die Gefahren heraufbeschworen werden, vor denen angeblich nur gewarnt werden soll. Dazu gehört auch der leichtfertige, das Gesetz der Dimension verletzende Gebrauch der Begriffe 'Krise', 'Depression', 'Inflation' u.ä.."

Nach diesen markanten Worten bleibt nur eine Frage offen: Woher nimmt eigentlich Kohl noch den Mut, um zu behaupten, er sei Kanzlerkandidat der Union?
(-/ 2.9.1976/vc/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller

Zum Thema: "Bild"-Wahrheiten"

Wüchterne Tatsachen gegen Springers "Fakten"

Springers "Bild" hat wieder zugeschlagen. "Mehr Arbeitslose - höhere Preise - Haftpflicht teurer" heißt es und: "Bitterer Sommer". Nun ist man kräftige Schlagzeilen gerade der Springer-Presse ja gewöhnt. Schade nur, daß die Tatsachen entweder nicht stimmen oder verzerrt wiedergegeben worden sind.

Arbeitslosigkeit. "Bild" schreibt: "Die Zahl der Arbeitslosen ist schon wieder gestiegen". Das ist falsch. Tatsache ist: Die Zahl der Arbeitslosen ist auch im August wieder zurückgegangen, wie mittlerweile jedermann weiß. Die Zahlen gehen zwar noch zu keinem großen Jubel Anlaß, aber sie werden wohl im September noch günstiger ausfallen. Festzustellen bleibt: "Bild" hat eine Falschmeldung produziert. Ob sich die Zeitung wohl korrigieren wird?

Preise. "Bild" schreibt: "Ganz plötzlich haben auch die Preise einen Satz nach oben gemacht". Dann folgt ein Vergleich mit dem letzten Sommer und der Ölkrise (sie fand übrigens Ende 1973 statt, und nicht Ende 1974, wie "Bild" meint). Diese Darstellung ist verzerrt. Relativ kräftige Preissprünge, und zwar nach unten und oben, sind für die Sommermonate in den letzten Jahren immer zu beobachten gewesen. Dies wiederum hängt entscheidend mit der Preisentwicklung saisonabhängiger Nahrungsmittel zusammen. Klima und Ernteverlauf folgen eben nicht den Gesetzen statistischer Regelmäßigkeit. Deshalb hat ja auch die Bundesregierung den erfreulichen Rutsch nach unten auf 4,1 im Juli nicht lauthals gefeiert. Und wenn man schon vom letzten August redet: Damals lag die Preissteigerungsrate bei 5,9 vH. "Bild" hat vergessen, das hinzuzufügen.

Insgesamt gehen Wissenschaft, Bundesregierung und Bundesbank zu Recht davon aus, daß weitere Stabilitätsfolge erreichbar sind. Dies gilt selbst dann, wenn nicht in jedem Monat ein neuer "Rekord" gemeldet werden kann.

Haftpflichtversicherung. "Bild" schreibt: "Und dann wird auch noch die Haftpflichtversicherung für das Auto saftig teurer." Auch diese Information ist verzerrt. Zwar schließen die Interessenten, also die Autoversicherer, eine zweistellige Anhebung der Prämien nicht aus. Aber, die endgültige Höhe wird vom Bundeswirtschaftsministerium nach gründlicher Abwägung aller Umstände festgelegt. Erst dann wird man sehen, ob die Erhöhung "saftig" sein wird. Zusätzlich sollte "Bild" folgendes sagen: Haftpflichtversicherungsprämien für das Auto werden von Privatunternehmen nach versicherungswirtschaftlichen Grundsätzen und nach Renditeüberlegungen festgelegt. Dies gibt zwar dem Staat - also dem Bundeswirtschaftsministerium - die Möglichkeit, eine Prämienanhebung nach bestem Wissen und Gewissen zu begrenzen. Die Verantwortung und die Kalkulation verbleibt in den Versicherungsunternehmen. Insofern wäre es infam, auch dies noch dem Staat in die "Schuhe schieben" und sozusagen zur Abgabenlast hinzurechnen zu wollen.

Im Kommentar bezeichnet Springers "Bild" diejenigen, die sich mit den Informationen des Blattes kritisch auseinandersetzen, als "Schleimzieher", die der Zeitung "Penikmecke" vorwerfen. Der Vorwurf ist nicht berechtigt.

Peter Ludwig
(-/2.9.1976/vd/ee)

+ + +